



Rede
des Herrn Ministerpräsidenten

bei der
62. Ordentlichen Bezirkskonferenz der
IG Metall Baden-Württemberg

am 31. Mai 2011
in Böblingen

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Lob der Metaller

Herr Hofmann (IG Metall-Bezirksleiter),
Herr Landgraf (DGB-Landesvorsitzender),
Damen und Herren

Gerne bin ich Ihrer Einladung gefolgt und schaue wenigstens kurz (weil es terminlich nicht anders geht) bei Ihrer Bezirkskonferenz vorbei.

Ehrlich gesagt: Ich muss mich erst noch daran gewöhnen, dass ich plötzlich eine so bedeutende Persönlichkeit sein soll, die ihren Terminkalender am Tag gleich zweifach oder dreifach ausfüllen könnte.

Ich tue mein Bestes!

Und nun hat es ja auch geklappt – der Antrittsbesuch eines neuen Ministerpräsidenten bei der IG Metall sollte eigentlich eine Ehrensache sein.

Ich weiß nicht, wie das früher gehandhabt wurde, aber ich sehe das jedenfalls so.

Die Metaller sind schließlich ein eigenes „Völkchen“ – sowohl auf der Arbeitgeber als auch auf der Arbeitnehmerseite.

Ich erinnere mich an Zeiten, da war der IG-Metall-Bezirksleiter öffentlich fast bekannter als der jeweilige Ministerpräsident.

Willi Bleicher war so ein großer Name, später dann Franz Steinkühler oder auch Walter Riester.

Da waren legendäre Streiks und Verhandlungsrunden, dramatische Nachtsitzungen – fast wie

bei einem päpstlichen Konklave.

Dann stieg „weißer Rauch“ auf und die übernächtigen „Kardinäle“ – sprich: Verhandlungsführer – traten vor die Mikrofone.

Beide Seiten gaben zu Protokoll, man sei wieder einmal hart an die Schmerzgrenze gegangen.

Und es stellte sich bald heraus, dass alle Beteiligten bestens damit leben konnten.

Dann sind die Zeiten härter geworden.

Es kamen Jahre des strukturellen Wandels – die Globalisierung, forcierte Automatisierung und technischer Fortschritt – in die Tarifverträge kamen vermehrt flexible Elemente – und man hat auch diese Herausforderungen gut bewältigt.

Baden-Württemberg ist eben kein „zweites Ruhrgebiet“ geworden.

Man ist immer auf der Höhe der Zeit geblieben und hat erneut Tarifgeschichte geschrieben.

Zuletzt hat man auch den tiefen Einbruch im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise durch Kurzarbeit und andere betriebliche Überbrückungsmaßnahmen relativ gut überstanden.

Das spricht für sich!

Es spricht für eine funktionierende soziale Partnerschaft in diesem Land.

Und es spricht für eine klug und erfolgreich mitbestimmende IG Metall in unseren Betrieben.

II. Perspektiven des Industriestandorts – Arbeitnehmerrechte stärken

Meine Damen und Herren,
vielleicht gibt es ja hier und da noch Vorurteile:

Zum Beispiel, dass Grüne hauptsächlich Müsli
essen und sich nur um Ökobauern kümmern...

Glauben Sie mir: Wir haben auch klare Vorstellungen und Ideen für die Zukunft eines Industriestandorts im 21. Jahrhundert!

Der "Green New Deal" ist kein Schlagwort von
Grünen-Parteitagern.

Sondern er ist international zum Leitbegriff einer
neuen wirtschaftlichen Ära geworden.

Wir werden in den nächsten Jahren einen wahren
Schub im Bereich umwelt- und ressourcenschonender Produkte weltweit erleben.

Was bedeutet das für ein Land wie Baden-
Württemberg? –

Für ein Land der Technik, der Schaffer, der
Tüftler und Erfinder? –

Für ein Land, das immer schon schnell und vorne
dabei war, wenn es um das Aufspüren neuer
Märkte und Entwicklungen ging?

Ich sehe darin gerade für uns große Chancen!

Deshalb habe ich in meiner Regierungserklärung
von einer "neuen Gründerzeit" gesprochen.

Das heißt nicht, daß wir nun alles radikal ändern

und neu ausrichten müssten.

Sondern es heißt, dass wir mit alten Tugenden diese Herausforderungen anpacken, dass wir auf Stärken und Fähigkeiten setzen, die Baden-Württemberg immer schon ausgezeichnet haben.

Das meine ich, wenn ich sage, dass wir zum Musterland ökologischer Modernisierung und nachhaltigem Wirtschaften werden wollen.

Selbstverständlich sollen in Baden-Württemberg weiter Autos gebaut werden – jede Menge!

Selbstverständlich soll Baden-Württemberg weiter ein weltbedeutender Automobilstandort bleiben.

Aber gerade deshalb halten wir es für erforderlich, dass unsere Automobil- und Zulieferindustrie alles in ihren Kräften Stehende tut, um im Bereich alternativer Antriebe und nachhaltiger Mobilitätskonzepte nicht abgehängt zu werden, sondern – im Gegenteil – eine Pionierrolle zu übernehmen.

Nur so können wir die Technologieführerschaft behalten.

Und die ist wiederum entscheidend für neue innovative Modelle, für die Auslastung der Fabriken und für den langfristigen Erhalt von Arbeitsplätzen.

Glauben Sie mir: Wir wollen den Industriestandort nicht aufgeben!

Im Gegenteil: Wir wollen ihn noch stärker als bisher auf die Zukunftstechnologien und Wachs-

tumsfelder des 21. Jahrhunderts ausrichten.

Und ich denke, wir ziehen da mit unserem Koalitionspartner absolut an einem Strang.

Die ökologische Erneuerung wird zum Markenzeichen des Landes.

Das sichert und erschließt uns eine industrielle Basis für die nächsten Jahrzehnte.

Baden-Württemberg soll also weiter wachsen!

Aber Baden-Württemberg soll auch ein Musterland für "gute Arbeit" werden.

Nun will ich nicht behaupten, dass wir diesbezüglich ein "Entwicklungsland" sind.

Das würde auch der IG Metall ein schlechtes Zeugnis ausstellen. Und davon kann natürlich keine Rede sein.

Aber die Wirtschaft Baden-Württembergs besteht nicht nur aus der Metall- und Elektroindustrie.

Und auch innerhalb klassischer Beschäftigungssektoren gibt es Tendenzen, die uns Sorgen machen und die wir im Grunde nicht gutheißen.

So wird gleiche Arbeit oft ungleich bezahlt.

Wir haben eine bedenkliche Zunahme der Leiharbeit.

Wir haben eine zunehmende Spaltung der Arbeitswelt in "gute" und "prekäre" Jobs.

Das ist dem sozialen Zusammenhalt in unserer

Gesellschaft nicht förderlich.

Und es ist auch nicht gut für den Zusammenhalt in den Betrieben.

Deshalb müssen wir dieser Entwicklung Einhalt gebieten.

Und deshalb müssen wir versuchen, diese Spaltung zu überwinden.

Unser Ziel heißt "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit".

Unser Ziel heißt, alles dafür zu tun, dass aus möglichst vielen Jobs, die momentan noch "prekär" sind, letztlich feste und verlässliche Arbeitsverhältnisse werden können.

Der Leitspruch des großen Gewerkschafters Willi Bleicher lautete: *"Du sollst dich nie vor einem lebenden Menschen bücken."*

Dieser aufrechte Gang muss für alle möglich sein – auch in der Arbeitswelt:
für Frauen und Männer, jüngere und ältere Arbeitnehmer, für Menschen mit Behinderung – auch für Leute, die weniger qualifiziert sind – und für Leute, die auf Beschäftigungsmaßnahmen und Ähnliches angewiesen sind.

Deshalb ist die neue Landesregierung gewillt – und wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinwirken –, die Arbeitnehmerrechte zu stärken.

Auch der drohende Fachkräftemangel ist für uns ein wichtiges Thema.

Zu diesem Zweck wollen wir mit allen Beteiligten eine "Allianz für Fachkräfte" zu Wege bringen.

Selbstverständlich wird die Mitarbeit der Gewerkschaften dabei eine ganz wesentliche Rolle spielen.

III. Politik des Gehörtwerdens

Überhaupt wird diese Landesregierung Ihren Rat und Ihre fachliche Kompetenz – vermutlich öfter als Sie es bisher gewohnt waren – in Anspruch nehmen.

Sie wissen ja, dass ich eine "Politik des Gehörtwerdens" praktizieren möchte.

Und ich möchte das nicht nur selbst praktizieren.

Sondern dieses Prinzip sollte nach und nach stilprägend für unser Land auf allen Ebenen werden.

Deshalb möchte ich auch mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Wir wollen, auch was arbeitsmarktpolitische Initiativen und Maßnahmen anbelangt, nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg Politik machen.

Sondern wir wollen ihren Sachverstand mit einbeziehen.

Wir sind offen für gute Vorschläge.

Und wir empfinden es nicht als "Majestätsbeleidigung", wenn uns einer mal die Meinung sagt und nicht alles, was wir vorhaben, gleich Jubel und Freude auslöst.

Immanuel Kant prägte in dem Zusammenhang den Begriff der *"erweiterten Denkungsart"*.

Das heißt: Das Bemühen, sich in die Auffassungen und Anliegen des anderen hineinzusetzen.

Ich denke, für Sie als Gewerkschafter gehört dies zum täglichen Geschäft.

Wie sollten Sie sonst in der Lage sein, in den Betrieben und mit der Arbeitgeberseite in schwierigen Tarifverhandlungen immer wieder gute und sinnvolle Kompromisse zu finden.

Wie gesagt: Das möchte ich gerne auch im politischen Alltag praktizieren.

Deshalb auch herzlichen Dank für das Memorandum, das Sie meinem Kollegen Nils Schmid und mir heute überreichen.

Ich verspreche Ihnen: Wir werden es sorgfältig studieren.

Und wir werden wieder darauf zu sprechen kommen.

Vielen Dank – auf gute Zusammenarbeit – und weiterhin viel Erfolg bei Ihrer täglichen Arbeit in den Betrieben!